

Haben Sie Hämorrhoiden?

Das Europäische Parlament stiliert sich gern als Hort des Datenschutzes. Von den eigenen Mitarbeitern jedoch verlangt es intimste Einblicke

CLAUS HECKING

Am Anfang war Adeline Otto über den Fragebogen im Postfach amüsiert. „Hatten Sie schon einmal Hämorrhoiden?“, wollte die Verwaltung des Europaparlaments (EP) von der Assistentin der Linke-Abgeordneten Cornelia Ernst wissen. Es folgten Fragen wie: „Hatte eines Ihrer Familienmitglieder eine Geisteskrankheit?“ oder „Haben Sie je selbst einen Neurologen, Psychiater, Analytiker oder Therapeuten aufgesucht? Falls ja, geben Sie Namen und Adresse an.“ Und am Ende forderte der medizinische Dienst des EP: „Nennen Sie das Datum Ihrer letzten Periode.“ Seit einem halben Jahr liegt dieser Katalog mit 25 intimen Fragen auf Ottos Schreibtisch.

Sie weigert sich, ihn auszufüllen, wie einige andere neue EP-Mitarbeiter auch. Doch die anfängliche Belustigung ist nackter Existenzangst gewichen. Denn der Fragebogen gehört zum neuen Einstellungsverfahren des Parlaments. Otto fürchtet um ihren Job. Die EP-Verwaltung stellt den Boykotteuren nun ein Ultimatum. „Wenn wir bis Monatsende von diesen Leuten keine Antwort bekommen, geben wir die Namensliste an die Rechtsabteilung“, droht Eliane de Bruyne, Mitarbeiterin des medizinischen Dienstes. „Dann müssen die Assistenten alle Konsequenzen tragen.“ Die EP-Verwaltung begründet ihr Vorgehen mit versicherungstechnischen Gründen – und will künftig alle zwölf Monate Auskünfte über Geschlechtskrankheiten oder Trinkgewohnheiten erheben und 30 Jahre speichern, selbst von Angestellten mit Zeitvertrag wie Otto. Dazu soll es jährliche Blut- und Urintests geben. Dabei stiliert sich das EP sonst gern als Trutzburg des Datenschutzes. Erst kürzlich haben die Volksvertreter unter großem Hurra

das Bankdatenabkommen Swift einkassiert. Doch die eigene Verwaltung sieht es mit den Persönlichkeitsrechten nicht so eng. Und auch der EU-Datenschutzbeauftragte hat kein Problem mit dem Vorgehen der EP-Obriker. Otos Chefin Ernst will das nicht hinnehmen. Sie hat ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben und andere Innenspezialisten im Hohen Haus mobilisiert. Notfalls will sie bis zum Europäischen Gerichtshof gehen. Ihre Mitarbeiterinnen haben die Assistenten aller Fraktionen für heute zu einer Versammlung geladen. Die meisten Angestellten ersparen sich den Ärger und schreiben irgendetwas in den Bogen. Aber selbst das kann heikel werden. Die Verwalter sammeln nicht nur, sie studieren die sensiblen Daten offenbar auch intensiv. Als die Assistentin des Liberalen Alexander Alvaro die Frage „Sind Sie je in einem tropischen Land gewesen?“ mit „Nein“ beantwortete, rief wenig später eine Parlamentsärztin an. „Die hat gesagt: Ich weiß genau, dass Sie mit Ihrem Chef in Kenia waren“, erzählt die Mitarbeiterin. „Dann musste ich die Angaben ändern.“

Lobby Planet

Sie sitzen in EU-Beraterzirkeln, schreiben gar Gesetzesvorlagen: Lobbyisten mischen in Brüssel kräftig mit, am liebsten im Verborgenen. Kritiker wollen nun Licht ins Dunkel bringen – mit einem ungewöhnlichen Reiseführer

Claus Hecking, Brüssel

„Dies ist der Baum der Lobbyisten“, sagt Pia Eberhardt, als sie neben dem Ahorn zu Füßen des Brüsseler Europaparlaments steht. „Wichtige Dinge müssen diskutiert und entschieden werden, mit Bestimmtheit, Geduld und Hingabe“, mahnt eine Tafel am Stamm. Gepflanzt hat ihn ein Lobby-Dachverband, eingeweiht die damalige Parlamentspräsidentin, alle Abgeordneten müssen an ihm vorbeigehen. Für Eberhardt und die Lobbykritiker von Corporate Europe Observatory (CEO) symbolisiert er die verborgene Macht der bezahlten Beeinflusser. Eine Macht, die sie ans Licht bringen wollen mit dem „Lobby Planet Brussels“. So heißt der Reiseführer, den die Gruppe bei ihrer Tour durchs Europaviertel vorstellt. In der Aufmachung ähnelt er

dem Vorbild „Lonely Planet“. Doch anstelle der Rundgänge durch historische Stadtteile empfiehlt „Lobby Planet“ (LP) eine „Finance-“ oder „Biotech-Tour“. Dabei sollen Leser, die versteckten Geheimnisse der EU entdecken, die Lobby-Welt. Es ist eine mächtige, undurchsichtige Welt. Bis zu 30 000 bezahlte Vertreter von mindestens 1500 Lobbygruppen, schätzt der LP beachtlichen Kommissionsbeamten und die EU-Abgeordneten. Registrierte müssen sie sich nicht – obwohl sie äußerst aktiv sind. So wurden laut LP von 1000 Änderungsanträgen zu einer Richtlinie zur Regulierung der Spekulation mehr als die Hälfte von Lobbyisten verfasst und über nahestehende Abgeordnete ins Plenum eingebracht. Auch die Expertenrat, welche die EU-Kommission bei der Vorbereitung von Gesetzen beraten, werden laut Buch oft von „Big Business“-Vertretern dominiert.

Fast in jeder Straße des Europaviertels spürt der LP Lobbyresidenzen auf. Etwa die der Bank of NY Mellon, die soeben den früheren EU-Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy angeheuert hat. Oder Verbände mit Kürzeln wie ISDA (Derivate), ASD (Rüstung) oder ISPO (Prothesen). Sogar kulinarische Tipps bietet der LP – etwa „Schloss Neuwahnstein“. Das 30 Mio. Euro teure Anwesen der Bayerischen Landesvertretung wird für Weißwürste, Brezen und Bier gerühmt, die bei „intimen Get-togethers“ den „Abgeordneten, EU-Beamten und Industrielobbyisten“ aufgetischt werden. Auch Corporate Europe Observatory taucht im LP auf. „Wir sind ja selbst Lobbyisten“, räumt Eberhardt ein. Ihre Organisation trägt sich aus Spenden privater Stiftungen. Die aber hätten in Brüssel keinerlei kommerzielle oder politische Interessen. Ganz bestimmt nicht.

Ja, wo bürgen sie denn?

Der letzte Schrei in der EU-Subventionspolitik ist es, statt direkter Hilfen lieber Bürgschaften zu vergeben. An wen, weiß Brüssel selbst nicht so genau. Kürzlich musste die Kommission nach 4,8 Mrd. Euro fahnden

Claus Hecking, Brüssel

Finanzinstrumente. Schon das Wort lässt in der EU-Kommission viele Augen aufleuchten. Allen voran die ihres Präsidenten: „Unter den jetzigen wirtschaftlichen Umständen ist es wichtig, Finanzinstrumente zu nutzen“, verkündete José Manuel Barroso unlängst. Gemeint ist damit, dass die Europäische Union mit Kreditgarantien, Darlehen und Beteiligungen aushilft, anstatt direkte Zuschüsse zu zahlen. Ob es nun um neues Kapital für Griechenlands Mittelstand oder Breitbandnetze geht – die Instrumente sind der letzte Schrei in Europas Fördermaschine. Brüssel will damit die „größtmögliche Hebelwirkung“ ihrer Subventionen erreichen. Die EU soll bürgen, um weitere Geldgeber anzulocken – gerade jetzt, da der Kreditstau die Wirtschaft vieler Länder lähmt.

Nur einen Haken gibt es: Wo die Milliarden landen, weiß die Kommission selbst nicht immer genau. So fahndete die Behörde zu Jahresbeginn wochenlang nach mehreren Milliarden Euro Fördergeld. Prüfer des EU-Rechnungshofs hatten sich erkundigt, wie viel Geld in den Finanzvehikeln steckt. Die Antwort blieb Brüssel schuldig. „Die Kommission (verfügte) Ende 2010 nicht über umfassende Informationen über die Höhe der von Finanzierungsinstrumenten tatsächlich verwendeten Mittel“, heißt es im neuen Rechnungshofsbericht. „Die Kommissionsleute hatten keinen Durchblick“, erzählt ein Insider, „und das ist nicht mal ihre Schuld.“ Der Fehler sei die zugrunde liegende Verordnung. Die sieht bei Finanzierungsinstrumenten keine jährliche Rückmeldung an Brüssel vor. Und so legen die Geldempfänger in den Mitgliedsstaaten oft nur ein einziges Mal Rechenschaft ab: bei Programmende, nach jahrelanger Förderung.

2006, als die Norm entstand, nutzte die EU die Instrumente kaum. Das ist nun anders. „Es ist beschämend, wie lax die Regelung ist“, sagt Inge Gräßle (CDU), Haushaltskontrollleurin im Europaparlament. „Die Kommission glaubt an die wundersame Geldvermehrung durch Finanzinstrumente. Aber sie hat keine Ahnung, wohin ihr Geld fließt.“ Erst im April, Monate nach der Anfrage, konnten Barrosos Beamte den Prüfern Zahlen vorlegen: Schätzungen anhand von Fragebögen, die sie in ihrer Not an die Mitgliedsstaaten verschickt hatten. Demnach flossen bis Ende 2010 etwa 4,8 Mrd. Euro in Finanzinstrumente der EU. Regionalkommissar Johannes Hahn will nun nachbessern, Berichtspflichten und Zahlungskontrollen verschärfen. Weitreichende Änderungen der Verordnung sind laut seinem Sprecher aber erst für die Finanzperiode ab 2014 zu erwarten. Bis dahin muss Brüssel wohl weiter schätzen.

Europas Agenturitis

Jenseits von Brüssel wuchert eine zweite EU-Bürokratie: Dutzende von Agenturen, die Milliarden kosten und deren Sinn im Dunkeln bleibt

CLAUS HECKING

Am Ende zückte Silvio Berlusconi die gastronomische Keule. „Parma ist ein Synonym für gute Küche. Die Finnen wissen nicht mal, was Schinken ist“, rief Italiens Premier beim EU-Gipfel, als über Finnlands Wunsch verhandelt wurde, Sitz der neuen EU-Agentur für Lebensmittelsicherheit zu werden. Berlusconis Argument zog: Die Behörde zog in den Palazzo Ducale in Parma. Helsinki bekam dafür die EU-Agentur für Chemikalien. Und Österreich ergatterte eine EU-Agentur für Grundrechte. Obwohl sich darum schon der Europarat und der Gerichtshof für Menschenrechte kümmern. Wofür die Wiener Behörde mit 20 Mio. Euro Jahresbudget gut sein soll, weiß kaum jemand. „Was ist der Mehrwert dieser Institution?“, ent-

fuhr es Frankreichs Europastaatssekretär Pierre Lellouche beim Besuch vor Ort. Genau das fragt auch der Europaabgeordnete Martin Ehrenhauser. „Die zweite heimliche EU-Bürokratie“ heißt das heute erscheinende Buch des Politikers, der für die EU-kritische österreichische Partei „Liste Martin“ ins Parlament einzog. Es ist eine Abrechnung mit der Agenturitis. Zwölf Agenturen gab es im Jahr 2000, heute sind es schon 35 – mit 6700 Beamten. Ehrenhauser zufolge kosten sie den Steuerzahler 1,66 Mrd. Euro pro Jahr. Ihr Nutzen ist oft zweifelhaft. So leistet sich Europa eine Agentur für Berufsbildung innerhalb der EU (Thessaloniki) und eine weitere für Berufsbildung außerhalb der EU (Turin). Die Agentur für Netzsicherheit ist auf Kreta angesiedelt, obwohl es von dort außerhalb der Urlaubszeit kaum Flüge nach Mitteleuropa gibt. Die Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in Bilbao kommt auf weniger als 70 Mitarbeiter, hat dafür aber 84 Verwaltungsräte angeheuert. Krönung von Ehrenhausers Skurrilitätensammlung ist ein Zitat der EU-Kommission: „Die Errichtung der Agenturen erfolgte von

Fall zu Fall, ohne dass sie durch ein umfassendes Konzept flankiert worden wäre, aus dem hervorgeht, welchen Platz Agenturen in der Union einnehmen sollen“, so ein Kommissionspapier von 2008. Die Einrichtungen seien wenig transparent, zudem gebe es „Zweifel an ihrer Rechenschaftslegung und Legitimität“. Ursprünglich sollten die Agenturen die Brüsseler Bürokratie entschlacken, Kosten durch Dezentralisierung senken. Passiert ist das Gegenteil: Doppelstrukturen, Bürokratiwucher. „Rechnet man die Agenturen ein, sind die Verwaltungsausgaben der Kommission seit 2000 um 19 Prozent gestiegen“, behauptet Ehrenhauser. „Das schreit zum Himmel.“ Andere schreien mit. „Die neue Agentur im eigenen Land ist der Skalp, den ein Regierungschef vom Gipfel zurückbringt“, sagt Ingeborg Gräßle (CDU), Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses im Europaparlament. Auf dessen Druck hin hat die EU eine Arbeitsgruppe geschaffen, die 2011 ein Konzept für die Agenturen vorstellen soll. Die Zeit drängt: In den kommenden Monaten sollen drei weitere Agenturen die Arbeit aufnehmen.